

Aus wirtschaftlicher Vernunft und sozialer Verantwortung

„Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer“

Treffen von OWUS Thüringen mit Sozialministerin Werner (DIE LINKE)

Am 04. Oktober kam es zu einem Treffen von Vertretern des OWUS Thüringen mit der Ministerin für Arbeit, Soziales, Gesundheit, Frauen und Familie Heike Werner. Im Mittelpunkt des Treffens stand der gegenseitige Informationsaustausch. Der Landesvorsitzende von OWUS Gerd Beck übergab das vom Dachverband erstellte Dossier zum bisherigen Stand der Diskussion über den Beschluss „Sozialcharta ...“ und informierte über die bisherigen Anträge der Bundestags-Fraktion.

Die Ministerin informierte darüber, dass eine Länderabfrage bei den anderen Sozialministerien ergeben hat, dass aktuell keine Mehrheit für Beitragssenkungen oder Änderungen bei Vorfälligkeit der SV-Beiträge vorhanden ist. Das Thema soziale Absicherung der Solo-Selbständigen könnte jedoch im Zusammenhang mit dem Thema Arbeit 4.0 wieder stärker auf die Tagesordnung gelangen. Zur nächsten Konferenz der Sozialminister sind mehrere Anträge zum Komplex Arbeit 4.0 in Vorbereitung. Weiterhin ist vom Ministerium voraussichtlich für 2017 eine Fachkonferenz zur Arbeit 4.0 geplant, in deren Vorbereitung OWUS eingebunden werden könnte. Wie diese Einbeziehung konkret aussehen wird – ob durch OWUS z. B. ein Workshop zur sozialen Absicherung mitgestaltet oder ein Referat gehalten wird – muss zu gegebener Zeit noch abgestimmt werden.

Die Vertreter von OWUS dankten Ministerin Werner für dieses Angebot und sagten die Unterstützung gemeinsam mit dem Dachverband zu.

In der Diskussion wurden eine Reihe weiterer Themen wie z. B. Marktaustrittsbarrieren durch mangelnden Arbeitslosenschutz für Bestandsunternehmer, die Durchlässigkeit der Versicherungssysteme besonders in der KV, die besonderen Gewinnermittlungsvorschriften für Bezieher von Leistungen nach SGB II („Aufstocker“) oder die Kontrollpraxis zum Mindestlohn angesprochen. Es wurde auch die Frage aufgeworfen, ob das Thema der sozialen Absicherung eher ein ostdeutsches Thema sein könnte, dass u. a. aus den typisch ostdeutschen Motiven zum Unternehmertum („Zwangsselbständigkeit“) herrührt. In den alten Bundesländern sei die soziale Absicherung der KMU eher kein Schwerpunkt unter den Unternehmern. Diese Frage bedarf sicherlich einer genaueren Betrachtung, dürfte aber in dieser Trennung Ost-West kaum zutreffend sein.

G. Beck
Vorsitzender OWUS Thüringen

Anträge der LINKE im Plenum des Deutschen Bundestages

Am 30. September 2016 beriet der Deutsche Bundestag auf seiner 194. Sitzung die beiden Anträge der Linksfraktion **„Gerechte Krankenkassenbeiträge für Selbstständige in der gesetzlichen Krankenversicherung“** und **„Gerechte Krankenkassenbeiträge für freiwillig in der gesetzlichen**

Krankenversicherung Versicherte“ (siehe DS 18/9711 und 18/9712 unter <https://www.linksfraktion.de/parlament/parlamentarische-initiativen/>). Wie zu erwarten gab es seitens der CDU/CSU ein heftiges Kontra.

MdB Tino Sorge (**CDU/CSU**) *„Da drängt sich natürlich die Vermutung auf, dass die Linke entgegen der Klassenkampfrhetorik, die Sie hier gerade wieder vom Stapel gelassen haben, wirklich ein Interesse an den unternehmerisch Tätigen hat. Das überrascht schon, weil Sie hier im Haus bisher nicht als diejenigen bekannt waren, die Sachwalter der Interessen der Selbständigen und der Freiberufler sind.“* ... *„Es geht Ihnen nur um die Abschaffung der PKV und die Einführung der Bürgerversicherung.“* ... *„Sie suggerieren wieder einmal, die Bürgerversicherung sei die eierlegende Wollmilchsau zur Lösung aller Probleme. Da kann ich Ihnen gleich zu Beginn sagen: Dafür werden Sie von uns keine Zustimmung bekommen.“* ... *„Wir können aber natürlich nicht, wie Sie das wollen, über die Solidargemeinschaft und die Beiträge der anderen Versicherten irgendwelche Liebhabereien, Hobbys oder unternehmerische Aktivitäten, die nicht zu einem Erfolg führen, dauerhaft subventionieren, und das ist genau das, was Sie möchten.“*

Seitens Bündnis 90/Die Grünen und auch der SPD gab es grundsätzlich ein positives Echo zum Anliegen der beiden Anträge. MdB Maria Klein-Schmeink (**Bündnis 90/Die Grünen**) *„Anders als Kollege Sorge gerade geäußert hat, finden wir, dass das Problem, das in den Anträgen der Linken aufgeworfen wird, ein gravierendes und bedeutsames Problem ist, dem wir uns mit aller Sorgfalt stellen sollten. ... Angesichts der Beitragsschulden in der Krankenversicherung die sich mittlerweile auf 5,4 Milliarden Euro belaufen, sehen wir, dass es für viele Selbstständige ein ernsthaftes Problem ist, die hohen Beiträge zu zahlen. Da müssen wir etwas tun.“*

MdB Heike Baehrens (**SPD**): *„Trotz der bereits bestehenden Möglichkeiten, sich im gesetzlichen System der Krankenversicherung versichern zu lassen sehen sich viele Solo-Selbständige finanziell überfordert. Hierfür – da haben Sie recht – brauchen wir eine tragfähige Antwort, eine Antwort, die dauerhaft zu mehr Gerechtigkeit führt.“* MdB Marina Kermer (**SPD**): *„In der heutigen Debatte diskutieren wir zwei Anträge, die inhaltlich den SPD-Beschlüssen des Bundesparteitags 2011 entsprechen. Ich darf feststellen: Schön, dass Sie sich unserer Meinung angeschlossen haben. Das ist gut. Der Situation geschuldet, werden wir dennoch Ihre Anträge am Ende der Beratungen wohl ablehnen müssen. ... wir können nicht zustimmen, es sei denn, Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen der Union, überdenken Ihre Auffassung bis dahin.“*

Voller Wortlaut des Plenarprotokoll der 194. Plenartagung vom 30. September 2016 – siehe <http://www.bundestag.de/dokumente> S. 19354 ff.

Antrag von Bündnis 90/Die Grünen an den Deutschen Bundestag

Inzwischen hat am 18. Oktober 2016 die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen einen eigenen Antrag eingebracht - DS 18/10035 **„Mit Sicherheit in die Selbständigkeit ? Für eine bessere Absicherung von Selbständigen“** (<https://www.gruene-bundestag.de/parlament/initiativen.html>), in dem es u.a. heißt:

„II. Der Deutsche Bundestag fordert die Bundesregierung auf, einen Gesetzentwurf vorzulegen, der die Absicherung von Selbständigen verbessert.

Hierzu gilt es:

1. *gesetzlich versicherte Selbständige bei den Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträgen zu entlasten, indem sie bei der Ermittlung ihrer Beiträge mit anderen freiwillig Versicherten gleichgestellt werden und somit geringere Mindestbeiträge zahlen müssen,*
2. *a. die nicht anderweitig abgesicherten Selbständigen in die gesetzliche Rentenversicherung einzubeziehen,*
b. die Beiträge oberhalb des Mindestbeitrags einkommensbezogen auszugestalten,
c. zudem die Möglichkeit zu eröffnen, zusätzlich zum Pflichtbeitrag freiwillige Zahlungen zu leisten, um in guten Zeiten Lücken aus schlechten Zeiten zu schließen
sowie
d. nach Möglichkeiten der Beteiligung der Auftraggeberinnen und –geber an den Sozialversicherungsbeiträgen zu suchen,
3. *die freiwillige Arbeitslosenversicherung für Selbstständige wieder erschwinglich zu machen, für alle Selbstständigen zu öffnen und gerechter auszugestalten. Wahltarife sollen dabei mehr Flexibilität für Selbstständige ermöglichen,*
4. *Rechts- und Planungssicherheit herzustellen, indem die Abgrenzung zwischen selbständiger Tätigkeit und abhängiger Beschäftigung eindeutig und praxistauglich geregelt wird. Dabei ist unter Berücksichtigung des Wettbewerbsrechts zu prüfen, ob bzw. inwiefern bei eindeutiger wirtschaftlicher Unabhängigkeit der Selbständigen, diesen die Möglichkeit eröffnet werden kann, freiwillig auf das Statusfeststellungsverfahren zu verzichten.“*

Siehe auch <http://www.klein-schmeink.de/gesundheit/artikel/news/beitragsschulden-kleiner-selbstaendiger.html>

Anfrage an den Berliner Senat und zum Stand der Koalitionsverhandlungen R2G

Die bisherige wirtschaftspolitische Sprecherin der Linksfraktion im Berliner Abgeordnetenhaus Jutta Matuschek stellte zum Ende der Legislaturperiode noch eine **Anfrage an den Berliner Senat** zur wirtschaftlichen Lage der Solo-Selbständigen in der Stadt. Die Antwort der Senatsverwaltung für Wirtschaft, Technologie und Forschung liegt inzwischen vor:

1. Die erste Frage bezog sich auf die Anzahl der Insolvenzen im Zeitraum 2011 – 2016. Dem Senat liegen dazu keine Angaben vor, mitgeteilt wurde lediglich, dass sich die Zahl der Solo-Selbständigen von 189.800 Tausend (2011) auf 200.500 (2015) erhöht hat.
2. Die Frage nach den sachlichen Gründen für die Insolvenzen konnten ebenfalls nicht beantwortet werden, da dem Senat auch dazu keine Angaben vorliegen. In der Antwort wird lediglich auf die im Auftrag des Bundesministeriums für Arbeit und Soziales vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung Berlin (DIW) erstellte und im Mai 2016 veröffentlichte Studie „Solo-Selbständige in Deutschland - Strukturen und Erwerbsverläufe“ verwiesen.
3. Die 3. Frage bezog sich auf die sozialen Absicherungen, die für Solo-Selbständige zur Verfügung, stehen, wenn sie ihr Unternehmen aufgeben müssen. In der Antwort der SenWTF wird lediglich auf die bestehenden Regelungen und Voraussetzungen für eine freiwillige Arbeitslosenversicherung (§ 28a SGB III) verwiesen. „Ansonsten greift die Grundsicherung auf Basis des SGB II.“

4. Auch die 4. Frage zur Altersarmut unter Solo-Selbständigen wurde kurz und knapp beantwortet. Der Mikrozensus weist für 2015 eine Armutsgefährdungsquote älterer Berliner Solo-Selbständiger von 8,8% aus (2013 11,1%)
5. In der Antwort auf die abschließende Frage: *„Sieht der Senat Veranlassung, Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut bei Soloselbstständigen zu ergreifen, wenn ja welche?“* wurde darauf verwiesen, dass *„Maßnahmen zur Verhinderung von Altersarmut ... ein primär bundespolitisches Thema“* sind.

Siehe DS 17/19 112 unter [http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/AHAB/servlet.starweb?path=AHAB/lisshfl.web&id=ahabwebdokfil&search=\(%28DNRS%3d19112%29+AND+%28DART%3d%29+AND+%28WP%3d17%3a18%29\)+AND+ID%3DD-274698&format=WEBDOKFL](http://pardok.parlament-berlin.de/starweb/AHAB/servlet.starweb?path=AHAB/lisshfl.web&id=ahabwebdokfil&search=(%28DNRS%3d19112%29+AND+%28DART%3d%29+AND+%28WP%3d17%3a18%29)+AND+ID%3DD-274698&format=WEBDOKFL)).

OWUS erwartet in diesem Zusammenhang, dass der künftige rot-rot-grüne Senat und der/die neue Wirtschaftssenator/in sich dieser Thematik etwas konstruktiver annimmt. Im Ausschuss für Wirtschaft, Forschung und Technologie war das Thema am 20. Juni 2016 (74. Sitzung) bereits angekommen (<http://www.parlament-berlin.de/suche/?q=Soloselbst%C3%A4ndige>). Der Kulturstatssekretär Renner stellte dort die Frage: *„Wie reagieren wir darauf, dass wir es hier ganz häufig mit Soloselbständigen zu tun haben, die ohne Netz und doppelten Boden arbeiten?“* [S. 30 des Wortprotokolls]. Und der Vertreter des DIW stellte fest: *„Und da kann man eben feststellen, dass ein großer Teil [der Solo-Selbständigen] nur solche Einkommen erzielt, die ihn gar nicht in die Möglichkeit versetzen, für das Alter vorzusorgen, und das gilt erstaunlicherweise auch für den künstlerischen Bereich,...“* [S. 34]

Der Vorstand möchte die Gelegenheit nutzen, der wirtschaftspolitischen Sprecherin der Linksfraktion Jutta Matuschek für die langjährige konstruktive Zusammenarbeit mit unserem Verband zu danken und ihr für den neuen Lebensabschnitt „nach der Politik“ alles Gute wünschen.

Aus den **Koalitionsverhandlungen** zum Thema „Gesundheit“ wurde bekannt *„Die Koalition wird sich im Bundesrat für eine solidarische Bürgerversicherung für alle einsetzen.“* Und aus der großen Verhandlungsgruppe wurde zum Thema „Innovative Wirtschaft“ vermeldet: *„Unternehmen der solidarischen und genossenschaftlichen Ökonomie sollen besser von Förderprogrammen des Landes profitieren können.“* Einen entsprechenden Vorschlag hatte OWUS gegenüber dem Landesvorstand der LINKEn und der neuen Linksfraktion eingebracht.

Wahrheit oder (Rentenversicherungs-) Pflicht?

Unter dieser Überschrift veröffentlichte GULP, nach eigenen Worten ein führender Personaldienstleister in den Bereichen IT, Engineering und Finance aus der Randstad Gruppe das Ergebnis einer Umfrage im Artikel [Grundsicherung oder Sicherung ohne Grund?](#). Gefragt wurde, wie sinnvoll Leser eine Rentenversicherungspflicht für Selbstständige finden. In dieser sicherlich sehr speziellen Gruppe von Solo-Selbständigen waren die Antworten eindeutig. 75,1% der Befragten halten eine Rentenversicherungspflicht für IT- und Engineering-Freelancer nicht für sinnvoll, 24,9% bejahen dies. Als Gründe gegen eine Rentenversicherungspflicht wurden genannt: *„Selbständige sind in der Lage, selbst vorzusorgen“* (29,6%), *„Die staatliche Rente ist generell ineffizient und eignet sich nicht für eine gute Vorsorge“* (25,8%), *„Die Rentenversicherungspflicht ist ein Eingriff in die unternehmerische Selbstbestimmung“* (18,8%), *„Es gibt bessere Alternativen als die*

Rentenversicherung“ (16,0%) und „Regelmäßige unflexible Belastung passt nicht zur Tätigkeitsform der Selbständigen“ (9,9%). Die Befürworter nannten folgende Gründe für eine Rentenversicherungspflicht: „Damit Grundsicherung garantiert ist“ (37,7%), „Aus Gerechtigkeitsgründen (Solidarität aller Bürger)“ (33,3%), „Vielen Freiberuflern fehlt die Eigeninitiative, sich ausreichend abzusichern“ (17,4%), „Um Dumping-Honorare zu vermeiden“ (7,2%) und „Die Rentenversicherung ist leistungsfähiger als andere Altersvorsorgeformen“ (4,3%)

Ausführlich unter https://www.gulp.de/knowledge-base/recht-und-steuern/wahrheit-oder-rentenversicherungspflicht.html?sc_src=email_815383&sc_lid=32161287&sc_uid=rwth5sibuq&sc_lid=520&emst=rwth5sibuq_520_815383_162

Aus dem OWUS-Dachverband

OWUS auf  www.facebook.com/owus.dachverband

Aus den Landesverbänden

14. OWUS-Unternehmerfahrt

Am 30. September war es wieder soweit – 29 Mitglieder und Freunde von OWUS trafen sich mit mitreisenden Angehörigen erneut in Tegel, da auch zur 14. OWUS-Unternehmerfahrt der BER noch nicht geöffnet hatte. Dieses Jahr ging es für 3 Tage in die Nähe von Porec an der istrischen Küste in Kroatien. Nach dem Flug bis Zagreb erwartete uns eine mehrstündige Busfahrt, die erste Eindrücke von Land und Leuten vermittelte. Die Adria zeigte sich von ihrer besten Seite und es ging sofort vom Bus ins Hotel und dann vom Hotel ins blaue Wasser.

Im Mittelpunkt des Aufenthalts standen in diesem Jahr kulinarische Betriebsbesuche. War es 2015 in Tschechien eine berühmte Bierbrauerei, so standen diesmal die Trüffel- und Schinkenproduktion sowie die Verarbeitung von Wein im Mittelpunkt des „betriebswirtschaftlichen“ Teils der Reise. Anlässlich der traditionellen Trüffelwochen in Livade wurden alle Varianten von Produkten aus diesem edlen Pilz verkostet – von Trüffeleis bis Trüffelschnaps. Und gelernt haben wir, dass es in Kroatien keine Trüffelschweine gibt, sondern Trüffelhunde.



Den Grund dafür sahen wir dann in Tomazo's Taverne in Sv. Lovrec, die Schweine werden für edlen luftgetrockneten Schinken benötigt. Nach mehrmonatiger Lufttrocknung sind aus 20 Kilo Rohware 10 Kilo Schinken entstanden. Die Qualität rechtfertigt auch den stolzen Preis von über 200 Euro.



Wein und edle Schnäpse wurden im Weingut Rossi auf ihre Marktfähigkeit und EU-Tauglichkeit geprüft und als gut empfunden. Vor allem der Mistelschnaps erregte Aufsehen.



Leider wurde die Gruppe indirektes Opfer der Terrorbekämpfung – keine Flaschen im Handgepäck beim Rückflug und begrenzte Kofferkapazitäten erlaubten nur Verkostungen vor Ort (einschließlich während der Busfahrten).

Neben diesen Stunden der Wirtschaftsförderung gab es auch rein touristische Ziele. Eine Stadtbesichtigung in Pula erfolgte witterungsbedingt nur durch die Busfenster, die Besichtigung der Altstadt von Rovinj und anschließend eine Bootsfahrt auf dem 10 km langen Limski-Fjord dagegen waren (fast) trocken.

Dank unseres umsichtigen Reiseleiters Jürgen Heinrich (im Auftrag von tk international) und eines ausgezeichneten Begleiters vor Ort vergingen die Tage in Kroatien wie im Fluge und alle waren gespannt auf das Resumee von Uwe Zimmermann. Er enttäuschte diese Erwartungen nicht und fasste die wesentlichen Höhepunkte in seiner unverkennbaren Art und Weise wieder zusammen. Und wie immer letzter Tagesordnungspunkt – wo geht es 2017 hin? Der Brückentag vor dem 03. Oktober 2017 bietet die Möglichkeit für einen zusätzlichen Reisetag, und wie üblich soll einer Flugreise eine Busfahrt folgen. Also wird es in die unmittelbare Nachbarschaft gehen, der Vorstand hat bereits eine europaweite Ausschreibung beschlossen und wird zeitnah über das Ergebnis informieren.

RoSu

OWUS Berlin-Brandenburg

Am 20. Oktober fand die planmäßige Beratung des Vorstands von OWUS Berlin-Brandenburg statt. In Fortsetzung der Auswertung der Wahlen in Berlin wurden Vorstellungen unseres LV diskutiert, die in Vorbereitung auf die Bundestagswahlen in Gesprächen mit Vertretern der Partei DIE LINKE angesprochen werden sollen. Dazu gehört u.a. die Verbesserung der sozialen Lage vieler Solo-Selbständiger und Kleinunternehmer. Durch eine Offensive von Debatten mit betroffenen Unternehmern muss eine stärkere Sensibilisierung für deren Probleme erreicht werden. Durch die inhaltliche Gestaltung der Unternehmerstammtische sowie medienwirksame Maßnahmen soll dazu seitens des LV ein aktiver Beitrag geleistet werden.

Informiert wurde über neue Entwicklungen bei der Umsetzung des Beschlusses des Dachverbandes „Sozialcharta“ (siehe oben) sowie bei den Bemühungen, mit Hilfe des LV Berlin-Brandenburg auch in Mecklenburg-Vorpommern erste OWUS-Strukturen zu schaffen.

Der Vorstand bestätigte Ort und Termin der nächsten Mitgliederversammlung am 17. März nachmittags in Potsdam, Bürgerzentrum Schlaatz.

Landesarbeitsgemeinschaft Linker UnternehmerInnen Berlin

Am 25. Oktober fand die diesjährige Mitgliederversammlung der LAG LiU Berlin statt. Als neuer Landessprecher wurde Volker Fischer, Inhaber des Sozialwissenschaftlichen Büros Berlin, gewählt. Das Mandat als Delegierter zum Landesparteitag erhielt Hans-Ulrich Riedel, Koordinator der Bundesarbeitsgemeinschaft. Es wurde verabredet, die Zusammenarbeit zwischen OWUS und der LAG zu intensivieren.

Informationen aus OWUS-Mitgliedsunternehmen

Leserbrief im „neuen deutschland“ vom 14.10.2016 - Zu »Lehrer dritter Klasse«, 5.10., S. 9

Als langjähriger Lehrbeauftragter an Hochschulen in Berlin und Brandenburg kann ich die Aussage nur bestätigen – ja, wir sind Sachmittel, eine eingekaufte Dienstleistung ohne Mitbestimmungsrecht. Die Forderung nach einer angemessenen Bezahlung wird von unserem Unternehmerverband unterstützt. Ein gesetzliches Mindesthonorar in Anlehnung an Tarifgehälter im öffentlichen Dienst wäre eine mögliche Lösung. In unserem Beschluss zur Sozialcharta für Solo-Selbständige und Kleinunternehmer haben wir diesen Vorschlag unterbreitet. Allerdings müssten dann die öffentlichen Auftraggeber auch dafür die finanziellen Mittel bekommen. Der Gesetzgeber ist also mindestens doppelt gefordert.

Rolf Sukowski

SODI-Mitglieder engagieren sich in Belarus

Im Rahmen eines Treffens in Schwedt übergab am 27. Oktober Kirsten Tackmann, MdB, an SODI e.V. eine Spende der Fraktion DIE LINKE über 500 Euro. Mit dieser Spende wird die vor allem durch ostbrandenburgischen SODI-Mitglieder getragene Hilfe für strahlengeschädigte Kinder in Belarus unterstützt.

Mit der Bitte um Weiterleitung an den Präsidenten des Europäischen Parlaments übergab der Vorsitzende von SODI Rolf Sukowski während des Treffens über 1.000 Unterschriften unter einer

Petition, die anlässlich der im Frühsommer stattgefundenen Aktionswoche zum 30. Jahrestag der Reaktorkatastrophe von Tschernobyl und dem 5. Jahrestag der Katastrophe von Fukushima vom Verein initiiert wurde. Mit dieser Petition wird der Präsident des EP gebeten, sich dafür einzusetzen, dass europäische Steuermittel nicht länger zur Subventionierung von neuen Atomkraftwerken eingesetzt werden.

Wirtschaftsinformationen

Neue steuerliche Änderungen geplant

Die Bundesregierung plant für 2017 und 2018 weitere Entlastungen für Steuerzahler und vor allem für Familien: In den Jahren 2017 und 2018 sollen der steuerliche Grundfreibetrag, der Kinderfreibetrag, das Kindergeld und der Kinderzuschlag steigen sowie die sogenannte „kalte Progression“ ausgeglichen werden. Eine entsprechende Formulierungshilfe für den Bundestag hat das Bundeskabinett am 12. Oktober beschlossen. Die volle Entlastungswirkung beträgt rund 6,3 Mrd. Euro jährlich – insbesondere profitieren Familien. Die Erhöhung von Grund- und Kinderfreibetrag entspricht den sich abzeichnenden Ergebnissen des im Herbst erwarteten 11. Existenzminimumberichts der Bundesregierung. Die Verbesserungen sollen bereits jetzt beschlossen werden, damit sie schon beim Lohnsteuerabzug für Januar 2017 berücksichtigt werden können [und sich damit sicherlich im beginnenden Bundestagswahlkampf positiv „verkaufen“ lassen].

Im Einzelnen sieht der Gesetzentwurf u.a. die folgenden Anpassungen vor:

1. Anhebung des Grundfreibetrags von jetzt 8.652 Euro um 168 Euro auf 8.820 Euro (2017) und um weitere 180 Euro auf 9.000 Euro (2018)
2. Anhebung des Kinderfreibetrags von jetzt 4.608 Euro um 108 Euro auf 4.716 Euro (2017) und um weitere 72 Euro auf 4.788 Euro (2018)
3. Anhebung des monatlichen Kindergeldes um jeweils 2 (!!!) Euro in den Jahren 2017 und 2018;

<http://www.bundesfinanzministerium.de/Content/DE/Pressemitteilungen/Finanzpolitik/2016/09/2016-10-12-PM20-steuererleichterungen.html>

„Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“

Im Laufe dieses Jahres hat sich in mehreren Treffen ein neues Bündnis von Organisationen und Initiativen entwickelt, die im Jahr 2017 das Thema soziale Gerechtigkeit und gerechtere Reichtumsverteilung gemeinsam verstärkt auf die politische Tagesordnung bringen wollen. Die Organisatoren (u.a. DGB, GEW und ver.di, der Paritätische Wohlfahrtsverband, OXFAM Deutschland und Misereor, DIE LINKE und die Rosa-Luxemburg-Stiftung) wollen weitere Organisationen einladen, sich daran zu beteiligen. Eine entsprechende Einladung ging auch an OWUS. Grundlage soll ein gemeinsamer Aufruf „Reichtum umverteilen – ein gerechtes Land für alle“ sein, der im Anfang 2017 öffentlich vorgestellt werden soll. Unter der Eingangsfeststellung *„Wir können ein besseres und gerechtes Land für alle schaffen, die hier leben. Deutschland hat so viel Reichtum wie nie, es muss ihn nur vernünftig und gerecht einsetzen.“* geht es u.a. um bessere soziale Absicherung (auch der kleinen Selbständigen), mehr öffentliche Investitionen, umweltschonende und bezahlbare Energieversorgung und sozial verträglichen ökologischen Umbau, Bereitstellung und Bau von ausreichend bezahlbaren Wohnungen sowie Steuergerechtigkeit.

Veranstaltungen

1. 02. November 2016 **Unternehmerstammtisch Berlin** im Tierpark-Hotel „Abacus“ um 18 Uhr *„Was läuft wirklich in der kapitalistischen Welt ab – gegen den ökonomischen Mainstream – eine neue Monatszeitung stellt sich vor – „OXI – Wirtschaft für Gesellschaft“* (<https://oxiblog.de/>)
Zu Gast: Wolfgang Storz, Chefredakteur von „OXI“ und Olaf Koppe, Geschäftsführer der Neues Deutschland Druckerei und Verlag GmbH;
2. 08. November 2016 **Unternehmerstammtisch OWUS Sachsen;**
3. 28. November 2016 **"Was lernen wir aus der Vergangenheit für die deutsch-russischen Beziehungen?"** um 18 Uhr im Café Sybille, Karl-Marx-Allee 72 in 10243 Berlin liest Karl Döring, ehemaliger Generaldirektor des Eisenhüttenstahlkombinates Ost (EKO) und Stahlmanager aus seiner Autobiografie mit anschließender Diskussion
<http://www.kombinatsdirektoren.de/aktuelles/2016-02-05-20-00-00-26.html>;
4. 29. November 2016 **Podiumsdiskussion im taz-Café, Rudi-Dutschke-Str. 23 10969** Berlin, um 18 Uhr *„Saatgutvielfalt statt Einfalt – wie wir Konzernen wie MONSANTO das Handwerk legen können“*, Veranstalter: Solidaritätsdienst International (SODI) e.V. in Zusammenarbeit mit dem Internationalen MONSANTO Tribunal;
5. 08. Dezember 2016 Präsentation des Buches **„Jetzt Reden Wir Weiter“**, dem zweiten Band des seit mehreren Jahren sehr erfolgreich laufenden Kombinatdirektoren-Projektes, von 15 – 18 Uhr im Salon Rohnstock, Schönhauser Allee 12 in 10119 Berlin;

Links

<https://oxiblog.de>

<http://www.die-linke-thl.de/mediathek/parlamentsreport/>

<http://www.unz.de/> Die linke Zeitung für Politik, Arbeit, Soziales und Kulturelles in Thüringen

www.fabio-de-masi.de Homepage von MdEP Fabio de Masi (Fraktion GUE/NGL), u.a. im EP mit den Themen TTIP und Steueroasen befasst

Unsere Geburtstagskinder für den November 2016

| | |
|----------------------|--------|
| Harnau, Christof | 05.11. |
| Singer, Thomas | 05.11. |
| Philipp, Rico | 08.11. |
| Gadegast, Robert | 10.11. |
| Böckmann, Elke | 16.11. |
| Nord, Siegfried | 20.11. |
| Gebauer, Klaus | 21.11. |
| Philipp, Andrej | 27.11. |
| Mushack, Harald | 28.11. |
| Lauterbach, Reinfred | 29.11. |
| Schneider, Michael | 30.11. |

Herzlichen Glückwunsch!!!!!!

Euer OWUS Vorstand Berlin-Brandenburg

Falls Ihr den Newsletter abbestellen möchtet, sendet einfach eine Antwortmail an den Absender
Heinrich-berlin@kabelmail.de .